Nr. 354 XXVII. Jahrgang

Dienstag, 30. Dezember 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13697, 17169. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 23 mm breite Grundzeile kostet 90 Pf., die 61 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Ziffern- oder Auskunft 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2,00
vierteljährlich M. 6,00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2,00, vierteljährl. M. 6,00
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2,15 „ „ 6,45
Postbezug im Ausland lt. Eintragung in das Postblatt.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,20, nach dem Auslande M. 1,80
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Deutschland und der Osten

Von unserer Berliner Redaktion

Das unholde Weihnachtsgeschenk der Verbandsnote hat, wie überhaupt die Erörterungen seit Anfang November, die Blicke des deutschen Volkes ausschließlich nach Westen gelenkt. Aber wie gerade in diesen Tagen in einem großen Teil von Deutschland der regenpeitschende Westwind des Jahresendes vom kälteren, aber helleren neujährigen Ostwind abgelöst wird, so muß sich auch bei der Verteilung des politischen Luftdrucks der Osten wieder in Erinnerung bringen. Trotz allen von den Westmächten verschuldeten Verzögerungen wird das Jahr 1920 das erste Friedensjahr sein; und damit ist die Erweiterung des Blickfeldes, das Ende einer erzwungenen Einseitigkeit von selbst gegeben. Westen und Osten werden wieder Gegensätze sein, deren Linien nicht erst in weiter Ferne zu höherer Einheit zusammenfließen. Vorläufig sind diese räumlichen Begriffe zugleich politische, über deren Wesen Deutschland Klarheit gewinnen muß.

Welches ist dies Wesentliche? Der politische Begriff „Westen" ist der unvergleichlich einfachere. Der Westen hat die Macht, und, soweit das unmittelbare Gewicht politischer, wirtschaftlicher, militärischer Kräfte in Frage kommt, wird er für absehbare Zeiten maßgebend sein. Die Beziehungen Deutschlands zu ihm sind die schmerzlich einfachen der Machtlosigkeit zur Macht; sie sind um so übersichtlicher, als eben der Westen bis zur Aermlichkeit problemlos ist.

Um so zusammengesetzter, vieldeutiger und erfüllter von neuen Möglichkeiten ist der Osten. Die Denkfaulheit westlicher Völker hat diesen Urwald auf die allzu schlichte Formel gebracht: Bolschewismus; und Kampf gegen den Bolschewismus. Polen gilt dieser politischen Erdkunde als westlicher Staat, in Ungarn ist der Bolschewismus überwunden worden; als Kern aller Ostfragen bleibt für die Westmächte die russische Sowjet-Republik und die Frage nach ihrer Besiegbarkeit. Dabei ist freilich das Vorgehen der Mächte nicht einheitlich. Amerika sperrt sich nach Möglichkeit gegen die bolschewistische Ansteckung ab, ohne tätig vorzugehen. England benutzt die russische Zersetzung, um vorläufig seine Herrschaft an der Ostsee zu sichern; Frankreich betrachtet, ohne freilich militärischer Handlungen fähig zu sein, den Bolschewismus schlechthin als den Feind. Erst neuerdings hat Clemenceau unter lautem Beifall der Kammer erklärt, Frankreich werde mit der Sowjet-Republik nicht nur keinen Frieden schließen, sondern sie niemals anerkennen; gegen den deutschen Versuch, einen Teil von Rußland zu „kolonisieren", müsse sich Frankreich sichern, indem es um die Bolschewisten-Republik einen Stacheldraht ziehe . . .

Die Dinge so einfach zu nehmen, hat Deutschland weder die Wesensart noch den äußeren Anlaß. Das gefesselte Reich ist nicht mächtig genug, eine Ostpolitik im ausdrücklichen Gegensatz zu den Westmächten zu betreiben; es wird für absehbare Zeit auf eine abwartende Politik und auf die nicht eben glänzende aber notwendige Betätigung des Grundsatzes angewiesen sein: es mit keinem ganz zu verderben. Auch also mit dem Osten nicht. Man mag über den Bolschewismus denken wie man will: die staatliche Form, die er sich in Rußland geschaffen hat, ist eine überraschend lebensbeständige politische, und die Werbekraft, die er über die politischen Grenzen hinaus entfaltet, eine ungeheure geistige Macht. Die Verhandlungen gegen die Petersburger „Verschwörer", die im Spätherbst, im Verein mit Beauftragten der Westmächte, die Sowjetregierung zu stürzen versuchten, sind überaus kennzeichnend. Diese „Intellektuellen" haben nach ihrer Verhaftung samt und sonders erklärt, eigentlich parteilos und unpolitisch zu sein. Das ist kein Rettungsversuch; es ist tatsächlich so. Die Leute, auf die Judenitsch sich glaubte stützen zu können, sind erbitterte Gebilde, neben denen, im völligen Gegensatz zu den früher landläufigen Auffassungen, die Bolschewisten als Realpolitiker wirken. Deutschland muß den Bolschewismus abwehren, aber seine russische Staatsgestaltung, als politische Tatsache, ohne Feindseligkeit gelten lassen. Gerade in diesen Tagen hat der Reichsminister Müller die Dreistigkeit des Abenteurers Bermondt-Awaloff zurückweisen müssen, der dem Deutschen Reich mit zweckvoller Aufdringlichkeit für niemals geleistete Dienste dankte. Schon um seiner in Rußland noch gefangenen Landsleute willen darf Deutschland sich nicht die Feindschaft der Sowjetrepublik zuziehen. Im übrigen heißt es für uns: abwarten, beobachten und zu verstehen suchen. Daß für solches Verständnis die Formel der Westmächte nicht ausreicht, beweisen die Niederlagen der Bolschewistengegner.

Unsre Auslandsguthaben

⊕ **Genf, 29. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Zeitungen vom Sonnabend veröffentlichen halbamtliche Auslassungen zur Friedensfrage. Danach wurde in den letzten Beratungen des Alliiertenrates über die Sicherungen für die Friedensbedingungen auch die Frage der Beschlagnahme der deutschen Guthaben im Auslande erörtert. Entgegen einer „Temps"-Meldung schreibt „Journal des Débats", daß die Finanzkommission des Alliiertenrates mit der Einreichung eines Gutachtens zu dieser Frage beauftragt wurde.

Ein Zusammenschluß der Elsaß-Lothringer

⚔ **Paris, 29. Dezember.** Die Abgeordneten von Elsaß und Lothringen haben sich zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen beider Provinzen in einer Gruppe zusammengeschlossen.

Zur Unterzeichnung bereit

⊕ **Berlin, 29. Dezember.** (Eigener Drahtbericht.) **Wie wir heute früh aus parlamentarischen Kreisen erfahren, soll die deutsche Antwort-Note nach Paris noch vor Neujahr an die deutsche Delegation in Paris abgehen. — Die deutsche Antwort wird zu den Behauptungen der Entente-Note einige neue Vorbehalte machen, im übrigen aber die Bereitwilligkeit aussprechen, das Pariser Schlußprotokoll unterzeichnen zu lassen.**

Beschleunigung der Verhandlungen

Clemenceaus Blatt „Homme libre" spricht die Ansicht aus, daß das Berliner Kabinett die Verhandlungen, die zum endgültigen Inkrafttreten des Friedensvertrages führen sollen, beschleunigen werde. Eine bestimmte Frist ist deshalb von seiten der Alliierten nicht gesetzt worden.

Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen

⊕ **Rotterdam, 29. Dezember.** (Eigener Drahtbericht.) **„Daily Mail" meldet aus Paris: Die alliierten Staaten einigten sich, gemeinsam ihre Gesandtenposten in Berlin am 1. Februar offiziell besetzen zu lassen. — Die „Times" melden aus Paris: Im Kammerausschuß für Auswärtiges, der am 8. Januar wieder zusammentritt, wird Clemenceau politische Ausführungen zum Friedensvertrag machen, die eine Ausschaltung Deutschlands aus der Reihe der Großmächte durch die Mitteilung aussprechen, daß die alliierten Staaten für die „Dauer der Wiederaufmachung nur Gesandtschaften, aber keine Botschaften in Berlin bestehen lassen wollen.**

Auch eine Auslegung

⊕ **Genf, 29. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" meldet: Der Rat der Alliierten interpretierte die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Dauer der Besetzung der deutschen Gebiete dahin, daß diese Besatzungsdauer erst vom Tage der Rechtsfähigkeit des Friedensvertrages zu rechnen sei.

Die Auslieferung an die Entente

Nach einer Meldung des Wolff-Bureaus aus Paris erklärte Ignaes einem Vertreter des „Petit Journals", die Schuldigen, wo und wer sie auch seien, würden rasch zur Verantwortung gezogen. Der Fall des Kaisers wurde in London nicht berührt. Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages werde eine Auslieferungsliste unverzüglich an Deutschland abgesandt. Die Urheber von Verwüstungen und Gewalttaten würden auf diejenigen Nationen verteilt, die von diesen Verbrechen betroffen seien. Für diejenigen, die gegen verschiedene Länder etwas verbrochen hätten, würden Gerichte eingerichtet. In Frankreich amtiere seit 1916 ein Ausschuß, der die Fälle alle zusammenstelle. Seine Haftbefehle hätten zum Beispiel für die Rheinlande Gültigkeit. Dort seien schon eine Menge Verhaftungen vorgenommen worden. Die Kriegsgerichte in Lille und Amiens hätten ihre Mitgliederzahl verdreifachen müssen.

Der „Matin" meldet: Seit der Veröffentlichung des Kautsky-Buches über den Ursprung des Krieges hat Wilhelm II. mit der Redigierung seiner Verteidigung, die er zweifellos dem König von England vorlegen will, begonnen. Auch der Kronprinz stehe auf der Liste der auszuliefernden Personen, und zwar wird er wegen Plünderung, wegen Mords und Diebstahls angeklagt.

Die Not der Gefangenen

Das Genfer Rote Kreuz richtet einen Aufruf an die internationalen Organisationen vom Roten Kreuz zugunsten der Kriegsgefangenen in Sibirien, in dem es u. a. heißt:

Ungefähr 200 000 Kriegsgefangene, zumeist Oesterreicher und Ungarn, befinden sich noch in Sibirien. Viele von ihnen sind schon seit 1914 in Gefangenschaft. Die schlechte Unterkunft und Verpflegung, welche sie erhalten, läßt die Leute um 30 Jahre altern. Sie fallen vielfach der Neurasthenie, der Hysterie und dem Wahnsinn anheim. Ansteckende Krankheiten haben furchtbar unter ihnen gewütet. Im Lager von Troizk sind von 16 000 Gefangenen mehr als 12 000 dem Typhus zum Opfer gefallen. Im Lager von Krasnojarsk forderte der Typhus 6000 Opfer. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes ist über diese traurige Lage seit langem tief bewegt und hat schon zu wiederholten Malen den interalliierten Obersten Rat auf die dringende Notwendigkeit der schleunigsten Heimschaffung dieser Armen hingewiesen. Es stehen aber Transportschwierigkeiten im Wege und die Schwierigkeit der Beschaffung von Krediten. Die Heimschaffungskosten dürften sich bei dem jetzigen schlechten Stand der Valuta auf mehrere Milliarden Kronen belaufen. Die Berichte der Delegierten des interalliierten Komitees lassen erkennen, daß, wenn nicht bald eine Besserung eintritt, die Kriegsgefangenen der vollständigen Vernichtung anheimfallen. Sie weisen auch darauf hin, daß es an Ort und Stelle nicht möglich sei, die Mittel zu finden, den Gefangenen zu helfen und ihr Leben bis zum Tage ihrer endgültigen Befreiung zu erhalten. Das Hilfswerk darf nicht einzig und allein von freiwilligen Hilfsorganisationen ausgehen und die zivilisierte Welt darf nicht müßig dabeistehen, wenn Tausende von Menschen gegen den Tod ankämpfen. Sie muß die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, um die bessere Versorgung der Gefangenen möglich zu machen. Das internationale Komitee fordert zur Sammlung von Geldbeiträgen in den nationalen Roten-Kreuz-Organisationen auf und erklärt sich bereit, die gesammelten Beiträge zu zentralisieren und nach Wladiwostok zu geleiten, wo sich die Vertreter der Organisation befinden, die jetzt schon zugunsten der Gefangenen tätig sind (dänische, norwegische, schwedische, holländische und japanische). Die Summe soll zum Ankauf von Kleidern, Medikamenten oder als Betrag für die Kosten der Heimschaffung verwandt werden.

Kundgebungen gegen die Teuerung

⊕ **Berlin, 29. Dezember.** (Eig. Drahtber.)

Der gestrige Sonntag brachte zwei gewaltige Massenkundgebungen, nämlich eine Massenkundgebung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und eine des Ortskartells Groß-Berlin des Deutschen Beamtenbundes, das als Vertreterin fast der gesamten deutschen Beamtenschaft auftrat, da ihm aus zahlreichen Teilen Deutschlands Zustimmungstelegramme zugegangen waren. Diese beiden Gruppen sahen sich veranlaßt, Massenversammlungen einzuberufen, um sich mit der allgemeinen Notlage zu beschäftigen, die eine erneute Verschärfung durch die Heraufsetzung der Lebensmittelpreise erfahren hat.

Im mächtigen Bau des Zirkus Busch, in den drei Sälen der Berliner Börse und in der Singakademie fand sich die gesamte Berliner Beamtenschaft zusammen, die sich neben der Notlage der Beamten auch mit der geforderten Teuerungszulage von 150 Prozent beschäftigte. Redner der verschiedenen Beamtenzweige traten in energischer Weise gegen den Beschluß der Regierung auf, die nur 50 Prozent bewilligt hatte, und entrollten ein Bild von der jetzigen Lage der Beamten, unter denen das Elend ein Jahr nach Abschluß des Krieges größer sei als je zuvor. Hervorgehoben wurde, daß die Beamten am Ende ihres Verzweiflungskampfes mit der herrschenden Teuerung seien. Auch die Senkung der Lebensmittelpreise wurde berührt, von der kein Mensch etwas gemerkt habe. Ebenso erinnerte man an das Versprechen der Regierung, für billigere Kleidung und Schuhwerk zu sorgen. Keines dieser Versprechen habe sich erfüllt. Die Versammelten, die sich in sehr großer Erregung befanden, unterbrachen den Redner sehr oft durch stürmische Zwischenrufe, die sich gegen die Regierung und die einzelnen Minister richteten. Auch wurde verlangt, daß man sich nicht erst wieder auf langwierige Verhandlungen einlassen solle, sondern ein Ultimatum stellen müsse. Nach Schluß der Versammlungen ordneten sich die großen Massen, denen sich noch eine unter freiem Himmel im Lustgarten trotz Eis und Schnee abgehaltene Kundgebung anschloß, zu einem riesigen Demonstrationszug, der sich nach der Reichskanzlei bewegte. Etwa 40 000 Teilnehmer marschierten in dem Zug, der sich in vollkommener Ordnung und Ruhe durch die Straßen bewegte. Die Abordnung der Beamten fand aber weder den Reichskanzler, noch den Reichsfinanzminister, noch den preußischen Finanzminister anwesend, so daß die Entschließung einem der anwesenden Geheimräte übergeben werden mußte. In dieser Entschließung heißt es, daß die Versammelten an ihrer Forderung nach einer 150prozentigen Erhöhung der Teuerungszulagen festhalten und den Deutschen Beamtenbund beauftragen, sofort mit der Regierung wegen Erfüllung des Verlangens in Verhandlungen zu treten.

20 andere größere, in allen Stadtteilen abgehaltene Versammlungen vereinigten die Mehrheitssozialdemokraten Groß-Berlins zu einer Kundgebung gegen die neuerdings eingetretene Preiserhöhung der Lebensmittel. Auch in diesen Versammlungen wurde gegen die Mißstände zu Felde gezogen und verlangt, daß man endlich einmal den Schleichhändlern energisch zu Leibe rücken müsse. Die Redner führten aus, daß man in der Ablieferungsprämie ein gutes Mittel zu haben glaube, um die im Reiche vorhandenen Vorräte restlos für die Allgemeinheit erfassen zu können. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, daß wir in Zukunft 40 Prozent unsres Hauptverpflegungsbedarfes aus dem Auslande beziehen müssen. Zu diesem Zwecke sei aber eine außerordentliche Erhöhung der Produktion notwendig. Den Schluß der Ansprache bildete ein Aufruf zur Arbeit, durch die wir wieder vorwärts kommen können. Eine in allen Versammlungen angenommene Entschließung drückt der Regierung das Bedauern der Arbeiterschaft aus, daß eine Preiserhöhung hat vorgenommen werden müssen; verlangt wird aber, daß allen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine ausreichende Zulage gewährt werden müsse, um sie für die neue Belastung zu entschädigen.

Die Lebensmittelnot in Deutschland

● **Haag, 29. Dezember.** Ein Vertreter des Amsterdamer „Handelsblad" hatte eine Unterredung mit Dr. Heckscher von der deutschen Gesandtschaft, der aus Deutschland wieder nach dem Haag zurückgekehrt ist. Dieser befürchtet, daß Deutschland in der Nahrungsmittelversorgung einem ähnlichen Schicksal entgegengeht wie Oesterreich, falls nicht besondere Maßnahmen getroffen werden. Wenn es in Deutschland zur Hungersnot kommen werde, würden die Spartakiden wieder ihr Haupt erheben, und dann würde eine Katastrophe eintreten. Die Behebung der Kartoffelnot sei mißlungen, so daß vielleicht im März oder April keine Kartoffeln mehr vorhanden sind. Die allgemeine Lage in Deutschland sei sehr ernst und im Zusammenhang mit der Valuta- und Rohstofffrage müsse eine Lösung gefunden werden. Die deutsche Regierung könne die Ruhe nur garantieren, falls sie Nahrungsmittel zur Verfügung habe, und ohne Hilfe von außen wird das innerhalb dreier Monate nicht mehr der Fall sein. Wer Deutschland hilft, hilft Europa.

Für Schieber Todesstrafe in — Polen

⊕ **Berlin, 29. Dezember.** (Eigener Drahtbericht.) Aus Posen bringt die heutige Morgenausgabe der „Post" eine ganz erfreuliche Meldung. Aus derselben geht hervor, daß an einem Schieber, namens Brodheim, wegen Unterschlagung von drei für die polnische Armee bestimmten Güterwagen mit Nahrungsmitteln die gerechte Todesstrafe, nämlich Erschießung, vollzogen worden ist. Die „Post" fügt hinzu: „In Deutschland läßt man diese Herren aber scharenweise über die Grenze und gestattet ihnen bereitwilligst die Ausübung ihres in Polen mit der Todesstrafe bedachten Gewerbes." Leider müssen wir dieser Bemerkung vollkommen beistimmen, denn in der Tat ist die Lage der Schieber in Deutschland recht günstig. Weil sie nicht zu kontrollieren sind, ist es nicht möglich, ihr Vermögen dem Vermögensabgabegesetz zu unterziehen, so daß man ruhig so weit gehen kann, zu behaupten, daß die deutschen Gesetze dem Schiebertum mehr und größere Vorteile bieten, als dem anständigen Kaufmann, der wenigstens ge-

zwungen werden kann, einen Teil seines Gewinnes der Gesamtheit zugute kommen zu lassen. Aber was brauchen wir von Geld zu reden, wenn es sich um Schlimmeres als um Kapitalien handelt, nämlich um das Wohlsein des ganzen Volkes. Wie lange denkt die Regierung, daß es noch dauern wird, bevor Deutschland ausverkauft und leergeschoben sein wird? Hat Deutschland wirklich noch mehr zu verlieren? Muß es mit der deutschen Nation soweit kommen, daß Deutschland von seinen Feinden allmählich aufgefressen und von innerer Korruption aufgezehrt werden wird und daß der Deutsche vom Ausländer sich nicht durch seinen Heldenmut, sondern durch Nacktheit und Magerkeit unterscheidet. Wir können der Regierung nur anheimstellen, dem schönen polnischen Beispiel zu folgen. Wenn die Schieber erfahren, daß es mit ihrer restlosen Ausrottung ernst ist, kann das nur dem gesamten deutschen Volke von Nutzen sein.

Die Jagd nach dem Wunderstahl

Von unserm ⊕-Korrespondenten

Rotterdam, 26. Dezember 1919.

Die zwei besten Vertreter des englischen Sensationsrummels, Philipps-Oppenheim und William le Queux, werden sich die spannendsten Vorgänge in der Eisenindustrie ihres Landes nicht entgehen lassen, und am Ende wird eine Filmfabrik aus den Geschehnissen einen „Aufklärungsfilm" herstellen lassen, wobei das Wort „Aufklärung" soviel bedeutet wie „Spionage". Denn um eine großartige Spionage-Angelegenheit mit allen ihren spannenden Einzelheiten handelt es sich. Die Jagd nach dem Wunderstahl ist die Jagd amerikanischer „Detektives" auf eine angeblich epochemachende Erfindung des Chemikers Arnolds, der an der Sheffielder Technischen Hochschule lehrt, aber außerdem seit drei Jahren mit Versuchen über die Herstellung eines besonderen Feinstahls beschäftigt ist. Diese Jagd auf die „Erfindung" des Engländers Arnolds findet also auf politischem Boden statt. Die Yankees sind auf das Wunder losgegangen, sie wollen es „stehlen, wie heiliges Feuer vom Herde der Götter", sie wollen — so erzählen die Sheffielder Blätter — die gewaltigen Triumphe, die der englischen Feinstahlindustrie bevorstehen, verhindern und sich selbst zu Ausbeutern der Arnoldschen Erfindung machen . . .

Es ist sehr viel Wahres an der amerikanischen Handels- und Industriespionage auf englischem Boden. Wieviel Wahres aber an der Geschichte vom Wunderstahl ist, läßt sich, bei der Geheimhaltung dieser Erfindung, nicht sagen. Arnolds gibt nicht viel preis, das britische Handelsamt hat ihm Schweigen auferlegt. Während der Kriegszeit gab es eine scharfe Zensur, die mitleidlos alle Schwätzer traf. Es regnete Gefängnisstrafen. Bloß das eine ist bekannt: Molybdänerze sind bei dem Verfahren Arnolds von großer Wichtigkeit . . .

Die Amerikaner erfuhren Ende 1917 von ihren Vertrauensleuten, die sie in den englischen Industriezentren unterhalten, daß „eine großartige Erfindung gemacht worden sei". In dem Berichte hieß es, man müsse sofort auf Molybdänlagerungen, die sich in Canada befänden, losarbeiten, diese Distrikte, koste, was es koste, erwerben. Zur gleichen Zeit, wie diese Kunde bei den Magnaten der amerikanischen Eisenindustrie eintraf, waren aber auch schon die englischen „Regierungspersonen" in gleicher Mission nach Toronto unterwegs, denn in England wurde und wird auch heute eine ganz besonders scharfe Abwehr gegen die amerikanische „Aufklärung" betrieben. In Toronto spielten sich Mitte 1918 sehr heftige Auftritte zwischen den Amerikanern und den Engländern ab. Der Kaufabschluß mit den Amerikanern schien gesichert. Da traf aus London an die canadische Regierung das Ansuchen ein, zwei der aus New-York gekommenen Unterhändler wegen „Spionage" in Untersuchungshaft bringen zu lassen. Das geschah; gleichzeitig wurde mit den Verkäufern der Molybdänlager eine „Schiebung" vorgenommen, die aber nicht den erwünschten Erfolg brachte. Der Prozeß schwebt noch heute und wird mit um so schärferen Mitteln geführt, da die Erfindung des Wunderstahls von brennender Aktualität geworden ist. Arnolds erklärte, daß er jetzt an die praktische Verwertung seines Geheimnisses schreiten dürfe. Die englische Regierung habe ihm die Ermächtigung erteilt.

Ob nun in dieser abenteuerlichen Affäre die Amerikaner die Blamierten sind, wird sich sehr bald zeigen. Sie schmieden das Eisen ungestört weiter. Das Laboratorium des Chemikers Arnolds ist, nach der Sheffielder Presse, immer noch von Spionen umgeben. Und selbst die „Daily Mail" regt sich über die amerikanischen Topfzucker furchtbar auf. Man kann jedoch aus der Darstellung des Sensationsfalles ersehen, daß sich die Zeitungen weniger auf das Geheimnis von dem Wunderstahl verlegen, als auf die Aufspürung der amerikanischen Handels- und Industriespione. Dadurch gewinnt die Jagd auf den Wunderstahl eine wesentlich andre Färbung. Direkt wollte man auf die Organisation der amerikanischen Späher nicht losschlagen, und so griff man, nach bewährtem System, zu dem Mittel, einen konkreten Fall zu konstruieren und aus diesem Falle die Schlußfolgerung zu ziehen, auf die es ankommt: „Hinaus mit den amerikanischen Spionen!" Seit drei Jahren ärgern sich die Engländer über den allzu neugierigen Yankee, der keine Mittel scheut, um hinter die Geheimnisse, hinter die werdenden und vollendeten Neuerungen auf allen Gebieten der Technik zu kommen. Was man sonst dem Deutschen vorgeworfen hat, muß jetzt der Amerikaner hören. Wo man eines solchen Spions habhaft werden kann, tut man es mit tollem, kindischem Vergnügen. Wöchentlich finden, statistisch nachgewiesen, zwölf bis fünfzehn Ausweisungen „zweifelhafter Amerikaner" statt . . .

Die Jagd nach dem Wunderstahl — es geht hier um eine Schlüsselindustrie Englands — ist dazu bestimmt, die breiten Volkskreise für die „Gefahr der amerikanischen Handelsspionage" zu interessieren. Die Gemüter werden in böse Wallung gebracht. Wieder nach berühmten Mustern. Aus der Jagd auf den Wunderstahl soll sich die verschärfte Beobachtung der in den Industriezentren lebenden Amerikaner herausbilden. Deshalb verziert und schmückt man die Geschichte so üppig, wie einen packenden Volksroman, deshalb liefert man den Zeitungen aus dem Handelsamte die abenteuerlichsten Einzelheiten, deshalb unterstreicht man die Tätigkeit der amerikanischen Spione . . .

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191230/1